

BG fordert: Schule abreißen

Stadt soll Gelände als Bauland verkaufen

RÜTHEN ■ Die BG erneuert ihre Forderung nach dem Abriss der Paul-Gerhardt-Schule am Schlangenpfad. Das Grundstück soll zur Wohnbebauung genutzt werden. Diesen Antrag hatte die BG bereits im September gestellt. Bisher sei er aber weder „behandelt, geschweige denn verabschiedet“ worden, klagt Fraktionschef Franz-Josef Dohle. Seit Jahren ließe sich die Stadt von Interessenten hinhalten, inzwischen verwahrlosten Gebäude und Grundstück zusehends.

Eine Reihe von Vorteilen verspricht sich die BG, wenn die Stadt Schulgebäude und Grundstück nicht wie bisher geplant verkauft, sondern das Grundstück selbst vermarktet. Aufgrund seiner Nähe zur Innenstadt und den Supermärkten sei die Fläche wie geschaffen für Seniorenappartements. Ebenerdige, barrierefreie Wohnungen erfreuten sich wachsender Beliebtheit, zumal das niedrige Zinsniveau „viele private Häuslebauer“ locke. Mit dem Zepter in der Hand könne die Stadt auch verhindern, dass dort Sozialwohnungen gebaut würden.

Dohle weist in seinem Antrag auf das sensible Umfeld mit Gymnasium, Sekundarschule, Kindertagesstätte und Pflegeheim hin, das Priorität genieße. „Vorab muss die Verträglichkeit

WLE-Anteile

Ein zweiter Antrag der BG behandelt die Rückgabe der WLE-Anteile. Laut Wirtschaftsplan beliefen sich die Verluste durch das Beibehalten der Anteile auf etwa 40 000 Euro jährlich (ohne Gegenleistung). „Da finanzielle Mittel in anderen Bereichen fehlen (z.B. Investitionsstau bei vielen städtischen Gebäuden), sollte die Stadt unverzüglich aus den WLE-Anteilen aussteigen, damit dieses Geld anderen Bereichen zur Verfügung steht“, fordert die BG.

des Schulbetriebs mit dem Baugebiet überprüft werden“, schreibt er und gibt zu bedenken: „Bei Veräußerung an einen unbekanntem Investor ginge der Einfluss durch die Stadt verloren (evtl. unbekannt Gewerbetreibende mit unbekanntem Betriebszweigen).“

Die BG verspricht sich von diesem Baugebiet höhere Verkaufserlöse als im Schlangenpfad II (dessen Erschließung beschlossen Sache ist, wir berichteten). Das finanzielle Risiko sei geringer, die Lage besser, die Grundstücke spülten mehr Geld in die Kasse als der Verkauf des Gebäudes (geschätzte 60 000 bis 70 000 Euro) – zusammengefasst: „die wirtschaftlichste Lösung für die Stadt“.